

Deutscher Reichstag.

Ein kritischer Tag.

(Drahtbericht unseres Vertreters.)

W. Berlin, 22. März.

Die Ausschaltung der U-Boot-Anträge aus der ersten Etatslesung des Reichstages, obwohl sie für den Tiefblickenden eigentlich nicht mehr überraschend kam, hat gewissermaßen ein Vakuum in bezug auf die Diskussion der größten auswärtigen Fragen hervorgebracht.

Wir haben bereits die Zusammenhänge eingehend mitgeteilt, aus denen sich die Verlegung oder Zurückstellung der U-Boot-Anträge ergeben hat. Die Sozialdemokratie behauptet darauf, rücksichtslos den ganzen Kreis der in Frage kommenden Dinge an erster Stelle darzulegen.

Man hörte über diesen Gang der Dinge im Reichstage manchen Ausdruck der Bewunderung, denn manche meinten, daß die Parteien, die die Anträge einbrachten, sich doch wohl von vornherein darüber hätten klar sein müssen, daß eine Diskussion über sie geradezu unheilvoll ist.

Was dann allerdings mit den Erklärungen geschieht, die die Konservativen und National-Liberalen abzugeben beabsichtigen, steht noch ebenso dahin wie die andere Frage, ob der Reichsdankler genötigt sein wird, in öffentlicher Rede mehr als nur andeutungsweise auf all diese Dinge einzugehen.

Die eigentliche Reichstagsverhandlung über den Etat und die neuen Steuern hat es in diesem Hintergrunde nicht ganz leicht, die ihr gebührende Beachtung zu erlangen, trotzdem hat der Reichstag mit großer Aufmerksamkeit vor allem den Reden des Zentrumsführers Spahn und des fortschrittlichen Herrn von Papen und des fortschrittlichen Herrn von Papen gelauscht, die nach der zweifelhafte Rede des Sozialdemokraten Reil zu Wort kamen.

Die Sozialdemokratie will sämtliche indirekten Steuern durch eine große Vermögensabgabe an das Reich ersetzen und natürlich auch die Kriegsgewinnsteuer bedeutend verstärken.

einigt, wo diese Grenze zu ziehen ist. Immerhin geht aus solchen Bemerkungen hervor, daß dieses Mal bei den Steuerdebatten ein ganz anderer Geist weht als in früheren Zeiten.

Weniger versichert als der Redner der Sozialdemokratie hat auch der fortschrittliche Herr von Papen zugegeben, daß eine Reichseinkommensteuer gegenwärtig nicht reichlich sei, obwohl die Volkspartei in ihrem Finanzprogramm hierin mit der äußersten Linken bis zu erheblichem Grade zusammengeht.

Herr Spahn hat für das Zentrum in noch höherem Maße eine Festlegung auf ein bestimmtes Programm vermieden. Die Kriegsgewinnsteuer will auch er abändern, doch ist nicht klar, ob durch Erhöhung der Sätze oder durch Erweiterung des Begriffs von Kriegsgewinn oder Vermögenszuwachs.

Der Reichsfinanzsekretär Helfferich wiederholte zum Schluß der Sitzung zum Teil unter Beifügung neuer Zahlenmaterials die allgemeine Begründung, die er schon vor einer Woche den neuen Steuern mit auf den Weg gegeben hatte.

Die erste Lesung des Etats hofft man möglichst am Freitag zu Ende zu bringen.

35. Sitzung.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 22. März.

(Fortsetzung und Schluß des Berichtes in unserem gestrigen Abendblatt.)

Abg. Reil (fortfahrend):

Die Regierung sei schon bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Wenn man so viel Rücksicht auf die verdienstvolle Tätigkeit von Landwirtschaft, Industrie und Handel nimmt, wie sollen dann die Kämpfer draußen in den Schützengräben belohnt werden?

Die Progression bei den Millionenvermögen ist nur dekoratives Blendwerk. Das bisherige Vermögen des zu Besteuernden bleibt durch die Kriegsgewinnsteuer unberührt. Das politische Empfinden des deutschen Volkes hat durch den Krieg eine grundlegende Wandlung erfahren.

nicht zu agrarierfreundlich ist. Denn gerade die Landwirtschaft hat sehr große Gewinne im Krieg erzielt und muß schärfer zur Kriegsgewinnsteuer herangezogen werden.

Der Staatssekretär hat weiter 480 Millionen neuer Steuern gefordert. Wir sind auch der Meinung, daß eine halbe Milliarde neuer Einnahmen notwendig ist.

Das ganze öffentliche Leben würde erschüttert werden, wenn nur Verbrauchs- und Verkehrssteuern außer der Kriegsgewinnsteuer eingeführt würden. Das beweist die Vergangenheit.

Der Tabak soll ein entbehrliches Genussmittel sein. Verzehren Sie, Herr Staatssekretär, hier liegt eine gewisse brutale Auffassung. (Der Präsident rügt diesen Ausdruck.) Der Grundgedanke jener Auffassung ist: Du hast keinen Anspruch auf Genuss, wenn du keine Mittel dazu hast.

Das Volk ist heute viel empfindlicher als vormals.

Das vorliegende Steuerprogramm ist ganz nach dem Wunsch des Herrn von Seydewitz gemacht. Wir haben keine überschüssigen Einnahmen auf den neuen Staatssekretär gemacht, aber das hätten wir doch nicht von ihm erwartet.

Die Leistungsfähigkeit Deutschlands ist größer als die Englands.

Wir sollten uns daher von England nicht beschämen lassen und auch größere Kriegssteuern auf den Beschäftigten legen. Es ist bitteres Unrecht, das schmale Einkommen einer Soldatenfrau zu besteuern, dabei aber die Bezüge der Offiziersfrauen aus den hohen Gehältern ihrer Männer steuerfrei zu lassen.

Schonen Sie nicht die Reichen bei den Steuern, und belasten Sie nicht die Armen.

Das wäre nicht nur ein Unrecht, das wäre eine Dummheit. Schaffen Sie ein gerechtes Steuersystem. (Beifall v. d. S.)

Abg. Spahn (Z.): Wir danken Tirpitz dauernd für den Flottenausbau, die Umsicht und Pflichttreue, was sich in den Heldentaten unserer Auslandsflotte und U-Boote widerspiegelt. (Lebhafte Bravo.) Der Reichstag wird Tirpitz stets dankbar sein. (Bravo!) Die Kriegslage bessert sich ständig zu unseren Gunsten.

Abg. Baher (F. Sp.): Auch wir schließen uns der Anerkennung für Tirpitz und für die Verwirklichung des Verhältnisses der Flotte im Volke an. Die Kriegsgewinnsteuer ist gerecht. Die Verkehrssteuern sind bedenklich und sollten beseitigt, statt verschärft werden.

Schafelreiter Helfferich erklärt, die Regierung mache sich die Sache nicht zu leicht. Die Kriegsgewinnsteuer soll allen Vermögenszuwachs der letzten drei Jahre treffen. Sie umfaßt auch die juristischen Personen und Zuzugsgewinne. Die Sätze seien

gen bis 50 Prozent an. Was Tabak angeht, so nennen sie es ein entbehrliches Genussmittel. Die teuersten Tabake werden am meisten betroffen. Die Tabaksteuer kommt doch. Jetzt kommen Tabakarbeiter anderswo leidet nicht als früher. Die Postabgabe belastet nicht die großen Massen. Bei neuen Einnahmen müssen die direkten Steuern den Einzelskatanten vorbehalten werden.

Die Weiterberatung erfolgt Donnerstag 11 Uhr.